

## Vorwort des Oberbürgermeisterkandidaten der AfD Hamm, Pierre Jung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Kommunalwahlen 2025 in Nordrhein-Westfalen finden in einer Zeit statt, in der die Folgen jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen zunehmend unseren Alltag belasten. Mittlerweile ist die AfD in bundesweiten Umfragen zur stärksten politischen Kraft geworden. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines tiefgreifenden Vertrauensverlusts gegenüber den sogenannten etablierten Parteien und eines wachsenden Bewusstseins dafür, dass die AfD mit ihren politischen Ansätzen überzeugende Alternativen bietet. Die Altparteien verfolgen weitgehend eine einheitliche Politik zulasten kommender Generationen: durch fragwürdige Haushaltspraktiken, exzessive Verschuldung, intransparente Schattenhaushalte, eine realitätsferne Migrationspolitik, die offensichtliche Probleme ignoriert, sowie durch eine gefährlich gleichgültige Haltung gegenüber finanzieller Nachhaltigkeit. Eine ideologisch getriebene Energiepolitik, die weder funktioniert noch bezahlbar ist, führt zu einer Deindustrialisierung unseres Landes und treibt die Lebenshaltungskosten für alle Bürger in die Höhe.

Wir sagen ganz klar: Diese politischen Experimente müssen umgehend beendet werden, wenn Deutschland seinen bisherigen Lebensstandard bewahren will. Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und technologisch sinnvolle Energieversorgung – im Interesse von Wirtschaft, Wohlstand und sozialem Frieden.

Immer mehr Bürger empfinden dieses Land nicht mehr als Heimat.

Eine unregelte Einwanderung ohne klare Integrationsziele verhindert gesellschaftlichen Zusammenhalt

und begünstigt die Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften. Die aktuellen Fehlanreize wirken dabei wie ein Magnet – jedoch nicht für Menschen, die unsere Kultur achten und aktiv mitgestalten wollen, sondern für jene, die vor allem auf die Vorteile unseres Sozialsystems aus sind. Deutschland wirkt zunehmend wie ein entgrenzter Raum, in dem Recht und Ordnung an Bedeutung verlieren. Viele Menschen fühlen sich deshalb heute wie Fremde im eigenen Land. Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen. Bei der Kommunalwahl 2025 wird die AfD in zahlreiche Kreistage und Stadträte Nordrhein-Westfalens einziehen – und dort, wie schon im Bundestag und in den Landtagen, klare Worte sprechen, Probleme benennen und sich konsequent für Recht und Gesetz einsetzen. So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staates. Wir möchten für Sicherheit, Ordnung und Stabilität sorgen.

Die Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der AfD beweisen täglich, dass sie klare

Kante zeigen, ohne dabei die Bodenhaftung zu verlieren. Selbstbewusst, sachlich und im Geist der Freiheit treten wir für ein starkes, souveränes Deutschland ein. Für uns gilt weiterhin die Maxime: „Nur ein schlanker Staat ist ein guter Staat.“ Der Staat soll ordnen – nicht gängeln. Die Bürger brauchen Freiräume, keine Gängelung durch eine ausufernde Bürokratie. Die politische Klasse der Altparteien hat die Sozialsysteme zur Plünderung freigegeben, Millionen Menschen steuern auf Altersarmut zu. Zugleich wird mit der Illusion gelebt, demografische Probleme seien durch unkontrollierte Massenzuwanderung lösbar. Das Gegenteil ist der Fall.

Die AfD als Partei steht unverbrüchlich für den Fortbestand des Deutschen Volkes und stellt sich gegen die fortgesetzte Aushöhlung unserer Souveränität, das Verschwenden von Vermögen durch Negativzinsen und die ideologische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Der Mittelstand wird belastet, statt gestärkt. Er wird für Experimente herangezogen, die nicht das Wohl des Landes im Blick haben, sondern ideologische Ziele. Unsere Stadt Hamm existiert seit dem Jahr 1226. Sie steht auf dem Fundament christlich-abendländischer Werte, der Aufklärung und des freiheitlich-demokratischen Denkens. Diese Werte verteidigen wir – gegen Unterwerfung von außen und Zersetzung von innen.

Wir vertreten einen konservativen, patriotischen und freiheitlich-libertären Kurs – im bürgerlichen Ton, aber ohne die Fesseln politischer Korrektheit.

Ja, wir erweitern die Grenzen des Sagbaren, weil echte Demokratie ohne Meinungsfreiheit nicht denkbar ist. Wir nehmen uns das Recht, Probleme beim Namen zu nennen. Damit stoßen wir auf Widerstand – doch wir weichen nicht zurück.

Unsere Lösungsansätze für die Stadt Hamm sind konkret, demokratisch und rechtsstaatlich fundiert.

Wenn Sie eine politische Kraft suchen, die wirklich zuhört, wirklich handelt und wirklich Haltung zeigt – dann werden Sie bei uns fündig.

Geben Sie uns im September Ihre Stimme. Überzeugen Sie sich selbst: Besuchen Sie unsere Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns, teilen Sie uns Ihre Sorgen mit.

Die AfD gibt Ihnen eine Stimme.

Für klare Worte und eine ehrliche Politik.

Ihr Pierre Jung

OB-Kandidat und Sprecher der Alternative für Deutschland – Hamm

# Wahlprogramm der AfD Hamm

## Finanzen und Steuern

### **Subsidiarität ernst nehmen**

Die AfD bekennt sich zum Subsidiaritätsprinzip: Verantwortung gehört vorrangig in die Hände von Bürgern, Familien und Gemeinden. Höhere staatliche Ebenen sollen nur dann eingreifen, wenn kleinere Einheiten überfordert sind. Wir fordern echte kommunale Selbstverwaltung statt bloßer Umsetzung von Vorgaben aus Düsseldorf oder Berlin.

### **Haushaltsdisziplin statt Bilanzierungstricks**

Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden ist unser Ziel. Die Praxis kreativer Haushaltsführung – wie Schuldenverschiebungen (z. B. Schattenhaushalte in städtischen Tochtergesellschaften, den neuen verschobenen globalen Minderaufwand oder Corona-/Ukraine-Isolierungen) – lehnen wir ab. Diese Methoden verschleiern die finanzielle Lage, führen zu Steuererhöhungen und gefährden die Leistungsfähigkeit der Kommune.

### **Verwaltung schlank und effizient halten**

Verwaltungskosten müssen reduziert werden. Überflüssige Strukturen, etwa in ideologisierten Bereichen wie Klima oder Migration, sind abzubauen. Die AfD setzt sich für eine wirtschaftlich arbeitende Verwaltung ein, deren Effizienz regelmäßig durch neutrale Stellen überprüft wird. Risikoarme Privatisierungen sind möglich, wenn sie keine Schattenhaushalte oder Versorgungsposten erzeugen.

### **Keine Steuererhöhungen – Bürger entlasten**

Wir sprechen uns klar gegen Steuererhöhungen aus. Die Stadt Hamm soll die Bürger nicht weiter belasten, sondern entlasten. Jeder investierte Euro muss einem konkreten Nutzen für alle Bürger dienen. Ideologisch motivierte Prestigeprojekte wie z.B. den „Klimamanager“ lehnen wir ab.

### **Fördermittel kritisch bewerten**

Bundes- und Landesprogramme führen oft zu Bürokratie und Fehlanreizen. Wir setzen stattdessen auf lokale Entscheidungsfreiheit mit einer soliden, langfristig tragfähigen Finanzpolitik.



gleichzeitig hohen Kosten. Auch Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden erzeugen teuer subventionierten Zufallsstrom, der den Steuerzahler belastet. Stattdessen setzen wir auf grundlastfähige Kraftwerke mit heimischer Kohle und Kernenergie, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten.

### **Energiepolitik ohne Zwang und Ideologie**

Klimaschutz darf nicht zur Ersatzreligion werden. Der Umbau zu einer sogenannten „klimaneutralen“ Stadt darf nicht auf dem Rücken der Bürger oder der Wirtschaft ausgetragen werden. Die AfD steht für Energiepolitik mit Augenmaß: Versorgungssicherheit, Preisstabilität und technologischer Realismus haben Vorrang. CO<sub>2</sub> ist kein Schadstoff, sondern Grundlage allen pflanzlichen Lebens.

### **Kommunale Wärmeplanung: Bürokratie ohne Nutzen**

Die geplante kommunale Wärmeplanung lehnen wir ab. Bürger sollen frei über ihre Heizsysteme entscheiden können. Der Rückbau des Erdgasnetzes ist weder sinnvoll noch wirtschaftlich – wir setzen uns für dessen Erhalt und Modernisierung ein. Wasserstoffprojekte sind zum jetzigen Stand reine Geldvernichtung ohne praktischen Nutzen.

### **Keine Klimazwangssanierung**

Thermische Sanierungen sind im Neubau oft sinnvoll – im Altbau aber häufig unwirtschaftlich. Zwangssanierungen lehnen wir ab. Die Entscheidung über Dämmung und Heizsysteme gehört in die Hände der Eigentümer, nicht in die Pläne ideologischer Bürokraten.

### **Echter Naturschutz statt „Klimaschutz“-Aktionismus**

Die AfD setzt auf konkreten, sichtbaren Naturschutz – nicht auf abstrakte Klimaversprechen. Die Natur soll sich in definierten Nullnutzungszonen ungestört entfalten können. Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Jagd sollen im Einklang mit der Natur erfolgen. Den Erhalt alter Mischwälder sehen wir als besonders wichtig an.

### **Tierschutz konsequent durchsetzen**





Sicherheit ist ein Grundrecht und eine zentrale Aufgabe des Staates. Sie bildet die Grundlage für Freiheit, Demokratie, Wohlstand und die persönliche Entfaltung. Die AfD fordert die konsequente Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung – insbesondere auf kommunaler Ebene. Ein funktionierender Rechtsstaat braucht verbindliche Werte, Normen und kulturelle Selbstverständlichkeiten. Diese wurden über Generationen hinweg in einer Vertrauensgesellschaft aufgebaut. Eine Gesellschaft mit Einwanderern die sich in diesem Bereich nicht assimilieren wollen zersetzt dieses Fundament.

Wie der Staatsrechtler Prof. Dr. Josef Isensee betont:

„Die Freiheit, die das Grundgesetz bietet, ist nicht den Draufgängern, den Abenteurern und den Helden vorbehalten, sondern für Bürger da. Die Grundlage dieses rechtsstaatlichen Sicherheitskonzepts ist heute brüchig geworden. Der Staat neigt dazu, private Gewalt wie überhaupt privaten Rechtsbruch in bestimmtem Umfang hinzunehmen.“

Nordrhein-Westfalen gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Kriminalitätsrate.

Besonders problematisch sind Clan-Kriminalität, organisierte Banden wie die „Mocro Mafia“ sowie überregionale Tätergruppen, die Geldautomaten sprengen oder den Drogenhandel dominieren. Die weitgehend unkontrollierte Massenzuwanderung und der fehlende Grenzschutz haben das Problem verschärft. Viele Innenstädte gelten – insbesondere nachts – als unsichere Zonen, vor deren Betreten die Polizei teils offen warnt. Bürger ziehen sich zurück, öffentliche Räume werden zunehmend von Jugendbanden in Besitz genommen. No-Go-Areas sind kein fernes Problem, sondern Realität in Deutschland. Sicherheitsmaßnahmen wie Videoüberwachung, Messerverbotzonen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen sind heute fester Bestandteil des Alltags. Die AfD fordert: Diese Zustände dürfen kein Normalzustand bleiben.

### **Mehr Personal für Polizei und Ordnungskräfte**

Seit 2015 haben Gewaltverbrechen – insbesondere Sexualdelikte, Raub und Messerangriffe – deutlich zugenommen, viele unter Beteiligung von Zuwanderern. Die AfD fordert eine personelle Aufstockung des Streifendienstes von Polizei und kommunalen Ordnungskräften.

### **Sicherheitspartnerschaft stärken**

Erfolgreiche Kooperationen zwischen Polizei und Ordnungsamt sollen landesweit ausgebaut werden. Gemeinsame Streifen erhöhen Präsenz und Reaktionsgeschwindigkeit. Der Schutzmann an der Ecke muss wieder zur Normalität werden. Gleichzeitig spricht sich die AfD für Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten aus.

### **Einbruchsprävention durch wachsamen Nachbarschaften**

Nachbarschaftliche Aufmerksamkeit kann Einbrüche verhindern. Die AfD setzt sich für Aufklärungskampagnen ein, die die Bürger zur schnellen Meldung verdächtiger Beobachtungen motivieren und so präventiv wirken.

### **Drogenkriminalität bekämpfen – Hotspots auflösen**

Durch die Cannabis-Legalisierung droht die Ausweitung innerstädtischer Drogenbrennpunkte. Die AfD fordert ein Umdenken: Dezentral organisierte, kontrollierte Konsumräume in enger Kooperation mit Polizei und Ordnungsbehörden sollen Teil eines umfassenden Konzepts werden.

### **Tatwaffe Messer – Tätergruppen analysieren, Abschiebung ermöglichen**

Statt pauschaler Messerverbotzonen ist eine konsequente Analyse der Täterstrukturen erforderlich. Angesichts des überproportional hohen Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – fordert die AfD die konsequente Abschiebung überführter ausländischer Straftäter. Ein wirksamer Grenzschutz darf kein Tabu sein.

### **Migration, Integration und Rückführung**

Zuwanderung begrenzen – einheimische Bevölkerung entlasten

Die AfD fordert eine strikte Kontrolle der Zuwanderung und lehnt die freiwillige Aufnahme von Asylbewerbern über gesetzlich festgelegte Quoten hinaus ab. Die Stadt Hamm soll sich nicht finanziell überlasten, sondern ihre Ressourcen auf die Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung konzentrieren.

### **Integrationskosten offenlegen – Transparenz statt Verschleierung**

Die Kosten für Unterbringung und Integration von Migranten müssen für die Bürger transparent und nachvollziehbar sein.

Das gilt insbesondere für die Ausgaben im Asylbereich, die einen erheblichen Anteil der migrationsbezogenen Kosten ausmachen.

Anstelle kostenintensiver Maßnahmen ohne nachweisbaren Nutzen fordern wir die konsequente Anwendung bestehender Gesetze.

Alle öffentlichen Mittel, die im Zusammenhang mit Migration stehen – von EU-Fördergeldern über Bundes- und Landesmittel bis hin zu kommunalen Ausgaben – sollen vollständig offengelegt werden. Dazu zählen auch die gesonderten Kosten für Asylbewerber.

Diese Informationen müssen zentral und online für jeden Bürger einsehbar sein.

### **Arbeitsgelegenheiten konsequent umsetzen**

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht verpflichtende Arbeitsgelegenheiten (AGH) für leistungsfähige Asylbewerber vor. Kommunen sollen diese Angebote bereitstellen, um Struktur, Selbstwert und Tagesabläufe zu fördern. Wer sich weigert, soll nur noch Sachleistungen erhalten.

### **Unrechtmäßige Einbürgerungen rückgängig machen**

Einbürgerungen, die durch falsche Angaben, die Verschleierung extremistischer Einstellungen (z. B. Islamismus oder Antisemitismus) oder durch begangene Straftaten rechtswidrig erlangt wurden, sind bei hinreichendem Verdacht konsequent von der Staatsangehörigkeitsbehörde zu prüfen und gegebenenfalls zu widerrufen.

### **Keine „sicheren Häfen“ in Hamm**

Die Selbstverpflichtung der Stadt Hamm als sogenannter „sicherer Hafen“ zur Aufnahme illegal eingeschleuster Migranten ist aufzuheben. Eine solche Erklärung überschreitet die kommunale Zuständigkeit und muss beendet werden.

### **Integrationsrat abschaffen – politischer Einflussnahme vorbeugen**

Die extrem niedrige Wahlbeteiligung bei Integrationsratswahlen öffnet radikalen und verfassungsfeindlichen Gruppen wie den Grauen Wölfen oder den Muslimbrüdern Tür

und Tor. Gleichzeitig sind viele der Wahlberechtigten längst integriert und eingebürgert – sie können sich über die bestehenden Parteien am politischen Leben beteiligen.

Der Integrationsrat erfüllt keinen nachvollziehbaren Integrationszweck mehr und ist daher abzuschaffen.

### **Rückkehr statt Dauerintegration**

Integration kann nur gelingen, wenn die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Doch genau daran scheitert sie häufig – vor allem bei Personen, die keine Anstrengung unternehmen, ein eigenverantwortliches Leben in unserer Gesellschaft zu führen.

Integration darf kein Selbstzweck sein. Die AfD setzt sich daher für den Erhalt der Rückkehrfähigkeit von Asylbewerbern und integrationsunwilligen Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit ein. Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollen gezielt auf eine spätere Rückkehr ins Herkunftsland vorbereiten – dort, wo das Erlernte sinnvoll angewendet werden kann. Der Missbrauch des Asylrechts durch gezielten Familiennachzug minderjähriger Angehöriger ist zu unterbinden.

### **Keine islamischen Auslandsschulen**

Die AfD lehnt Schulen ab, die ausländische ideologische Inhalte verbreiten und mit dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar sind.

### **Integration durch Assimilation**

Integration ohne Assimilation begünstigt die Entstehung von Parallelgesellschaften. Daher sollten sich Migranten bestmöglich an die Leitkultur der Mehrheitsgesellschaft anpassen. Diese Leitkultur beschreibt den positiv gewachsenen und bewährten gesellschaftlichen Umgang miteinander, der sich über Jahre hinweg etabliert hat und dazu beiträgt, Konfliktpotenziale zwischen den Menschen zu minimieren. Für Asylbewerber ist eine Integration nicht erforderlich, da Asyl lediglich einen befristeten Schutz darstellt. Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland. Frühere Fehlentwicklungen haben bereits zur Bildung paralleler gegengesellschaftlicher Strukturen geführt – weitere müssen konsequent verhindert werden.

Umso wichtiger ist es, klar zwischen politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen einerseits sowie irregulären Wirtschaftsmigranten und jenen regulären Zuwanderern andererseits zu unterscheiden, die sich konstruktiv einbringen und einen tatsächlichen



### **Keine islamischen Gebetsräume in öffentlichen Einrichtungen**

Die Einrichtung islamischer Gebetsräume in städtischen Einrichtungen lehnt die AfD ab, da sie eine Vermischung von Staat und Religion darstellt und den dominanten Machtanspruch des politischen Islam befördert.

## **Familien- und Sozialpolitik:**

### **Die Familie ins Zentrum stellen**

Die AfD bekennt sich zur traditionellen Familie als tragende Säule der Gesellschaft. Wir setzen auf ideologiefreie Unterstützung statt Bevormundung. Frühsexualisierung, Genderideologie und politische Indoktrination haben im Bildungsbereich nichts verloren.

### **Kinderbetreuung bedarfsgerecht gestalten:**

Kinder unter drei Jahren brauchen vertraute Bezugspersonen. Wir fordern den Ausbau individueller Betreuungsangebote wie Tagesmütter sowie stabilere Krippenstrukturen. Ab drei Jahren sollen Kita-Angebote kostenfrei (bis 25 Wochenstunden) und flächendeckend verfügbar sein. Deutsch als verbindliche Betreuungssprache ist dabei unverzichtbar.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern:**

Familien brauchen echte Wahlfreiheit – durch flexible Betreuungszeiten, wohnortnahe Plätze und Vorrang für berufstätige Eltern. Kommunen sollen durch Home-Office, Betriebskindergärten und Gleitzeit mit gutem Beispiel vorangehen.

### **Kommunale Familienpolitik stärken:**

Verwaltungen müssen familienfreundlich arbeiten – digital, bürgernah und koordiniert. Wir fordern eigene Familienausschüsse und die Umwandlung ideologiegeleiteter Gleichstellungsstellen in praxisnahe Familienbeauftragte.

### **Sicherheit und Unterstützung im Alltag:**

Familien brauchen sichere Räume – durch mehr Ordnungskräfte, bessere Beleuchtung und entschlossene Kriminalitätsbekämpfung. Junge Eltern sollen frühzeitig informiert und unterstützt werden.

### **Soziale Infrastruktur für Familien ausrichten:**

Städtische Kliniken und soziale Einrichtungen müssen faire Arbeitsbedingungen bieten. Stadtplanung soll sich konsequent an den Bedürfnissen von Familien mit Kindern orientieren.

## **Bildung und Zukunft der Jugend**

### **Bildungsqualität steigern – Leistung statt Ideologie**

Die AfD fordert ein leistungsorientiertes Bildungssystem, das sich auf Kernkompetenzen wie Mathematik, Naturwissenschaften und Technik konzentriert. Politische oder ideologische Indoktrination – etwa durch Gender-Ideologie oder einseitige „Klimabildung“ – lehnen wir ab. Ziel ist die Förderung einer eigenverantwortlichen, handlungsfähigen Persönlichkeit auf Grundlage abendländisch-humanistischer Werte.

### **Vielfalt im Schulwesen erhalten**

Ein differenziertes, mehrgliedriges Schulsystem mit Haupt-, Real-, Gesamt- und Förderschulen bietet Schülern bestmögliche Entwicklungschancen. Der einseitige Ausbau von Gesamtschulen zulasten bewährter Schulformen wird abgelehnt. Förderschulen sind strukturell und finanziell abzusichern.

### **Offene statt verpflichtender Ganztagschulen**

Offene Ganztagschulen können die familiäre Betreuung sinnvoll ergänzen. Eine verpflichtende Teilnahme für alle Schüler lehnen wir ab. Die Schulverpflegung darf nicht durch religiös motivierte Speisevorgaben eingeschränkt werden.

### **Sprachförderung und Integration gezielt gestalten**

